

# Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Freitag, den 12. April 1889.

Nr. 173.

## Deutschland.

Berlin, 11. April. Die Kaiserin Friedrich wird mit den Prinzessinnen Viktoria, Sophie und Margarethe am Sonnabend Abend 9½ Uhr Berlin wieder verlassen, um sich zu längerem Aufenthalte nach Homburg zu begeben.

Der griechische Gesandte Blachos ist in den letzten Tagen von der Kaiserin Viktoria Augusta und der Prinzessin Sophie empfangen worden. Man nimmt an, daß es sich um Angelegenheiten der Hochzeit der Prinzessin Sophie handelt, welche im Monat Oktober stattfinden wird. Das Palais, welches in Folge der Bewilligung von 600,000 Franken durch die griechische Kammer für das Thronfolgerpaar erbaut wird, kommt in die schönste Lage Athens am Ende des königlichen Schloßgartens zu stehen. Für die einwöchige Unterkunft des hohen Paares werden bereits Vorbereitungen getroffen.

Die Aufhebung des Verbots der „Volkszeitung“ wird schließlich überzährt haben. Sie ist erfolgt, obwohl von der Reichskommission tatsächlich festgestellt ist, daß, wenn auch keine einzige Nummer des Blattes für sich allein unter die Verbotsbestimmungen des Reichsgesetzes vom 21. Oktober 1878 fallen mag, doch in der Gesamtheit der von ihr besonders hervorgehobenen Nummern sozialdemokratische, auf den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten. Wenn mithin die Kriterien des § 11 des Reichsgesetzes vom 21. Oktober 1878 durch den Gesamteinhalt des Blattes nachgewiesen und festgestellt sind und doch mit dem politischen Einschreiten gewartet wurde, bis das Maß zum Ueberlaufen voll war, dann aber eine Nummer der Zeitung zum Angriffspunkt gewählt wurde, bei der selbst unter gebührender Berücksichtigung aller jener Momente, wie der aus den schriftlichen und sonstigen Bezeugungen zur sozialdemokratischen Führung sich ergebenden Schlüssen, die Voraussetzungen für die Anwendung des Sozialistengesetzes zu vermessen sind, so ist sicher keine Ursache vorhanden, über vorzeitiges oder hartes Vorgehen der Polizeibehörde zu klagen. Im Gegenteil. Nimmt man hinzu, daß trotz der erwähnten allgemeinen Charakterisierung der „Volkszeitung“ und ihrer sozialdemokratischen Tendenzen die Aufhebung des Verbotes nach den Bestimmungen des Gesetzes erfolgen mußte, so ist ferner klar, in welchem Umfange auch unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes der Zügellosigkeit der Presse, selbst wenn diese die Untergrabung der monarchischen Staatsordnung und die Störung des öffentlichen Friedens bezweckt, Raum gegeben ist.

Sozialistische Umtriebe im eigentlichen Sinne des Wortes sind in dem inkriminierten Artikel der „Volkszeitung“ aber nicht nachgewiesen worden; vom schlichten Latenstandpunkte bleibt es sich doch ziemlich gleich, ob die Aufforderung zum Umsturz des Thrones mit Schlagworten sozialdemokratischer oder sonst staatsgefährlicher Döhrbans verbrannt wird. Wenn nun gar ein hiesiges Blatt sich darüber beschwert, daß die Reichskommission zur Fällung ihrer Entscheidung einer so langen Frist bedurft habe, so schäme der Urheber jener Beschwerde über den Geschäftsgang der betreffenden Instanz sehr mangelhaft unterrichtet zu sein. Er möge sich deshalb gesagt lassen, daß nach dem Geschäftsreglement die Reichskommission dem Bericht sowohl des Referenten als des Korreferenten entgegen nehmen muß. Beide Herren haben ihr Domizil ausgewechselt. Der Referent hat seine Ausarbeitung sammt dem dazu gehörigen Material dem Korreferenten zuzustellen, dieser aber seinen eigenen, selbständigen Bericht zu entwerfen und zu vollenden. Alsdann befaßt sich das Plenum der Kommission mit der Angelegenheit. Erwägt man nun, daß die Beschlagnahme der „Volkszeitung“ am 18. v. M. stattfand, daß die vollständige Beschlagnahme erst am 22. dem hiesigen Polizeipräsidenten zuging, daß ein Altkameral, und zwar mit der rühmlichst bekannten Gewissenhaftigkeit, Gründlichkeit, Pflichtigkeit, Objektivität preussischer Richter durchzugehen, zu verarbeiten, zu prüfen, und der Urtheilsfällung zu Grunde zu legen war, auf dessen Umfang man aus der That-

sache schließen wolle, daß es ein Gewicht von nicht weniger denn zwölf Kilogramm erreicht; daß ferner zu den Sitzungen der Reichskommission die auswärtigen Mitglieder entboten werden mußten, so dürfte jeder Unbefangene statt in den Tadel wegen vermeintlicher Saumseligkeit des Verfahrens einzustimmen, im Gegenteil erstaunen müssen, daß die Kommission schon am 9. April in der Lage war, ihre Entscheidung zu treffen.

Der Fall der „Volkszeitung“ ist mit der Aufhebung des Verbots allerdings erledigt, allein man wird nicht sagen können, daß durch diese Erledigung dem öffentlichen Rechtsbewußtsein genügt ist. Dieses fordert vielmehr gebieterisch eine Sühne für die beleidigenden Angriffe gegen die monarchische Staatsordnung und vor allem gegen die schmachvolle Beschimpfung des Angehenden Kaisers Wilhelms I. Es ist sonach klar, daß die bestehenden Gesetze ebensowenig ausreichen, um so schwere Verletzungen des öffentlichen Rechtsbewußtseins in ausreichende Strafe zu ziehen, wie sie Schutz gewähren gegen die Verfolgung sozialdemokratischer, auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bezüglichen Bestrebungen der Presse. Die Frage ist berechtigt, ob es nicht unter diesen Umständen die Pflicht der Gesetzgebung ist, die in dieser Hinsicht augenscheinlich vorhandene Lücke auszufüllen und dafür zu sorgen, daß der Grundlage unserer Staatsordnung, insbesondere der Monarchie, ein dem öffentlichen Rechtsbewußtsein entsprechender Schutz wirklich zu Theil wird.

Mit der Stellvertretung des Reichskanzlers im Bereich der Marineverwaltung ist der Staatssekretär des Reichs-Marineamts, Heuser, beauftragt.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, hat die Kommission zur Ausarbeitung eines bürgerlichen Gesetzbuches noch vor Beendigung der ersten Lesung den Gesetzentwurf betreffend die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen für das deutsche Reich fertig gestellt. Der Entwurf ist nunmehr dem Bundesrathe zur Kenntnissnahme und weiteren Beschlussfassung zugegangen. Er zerfällt in 5 Abschnitte, welche nacheinander behandeln: 1) die Definition des unbeweglichen Vermögens in Ansehung der Zwangsvollstreckung; 2) die Zwangsvollstreckung in die Grundstücke; dieser Abschnitt ist in drei Titel: Allgemeine Vorschriften, Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung eingetheilt, von denen der erstere Bestimmungen über die Maßregeln der Zwangsvollstreckung, den Gerichtsstand, die Beteiligten, die Rechte auf Befriedigung aus den Grundstücken, die Zustellungen und der zweite solche über die Anordnung der Versteigerung, die Bestimmung des Versteigerungstermins, das geringste Gebot und die Versteigerungsbedingungen, den Versteigerungstermin, die Zurücknahme des Versteigerungsantrages, Aufhebung und einstweilige Einstellung des Verfahrens, die Entscheidung über den Zuschlag und die Verteilung des Erlöses umfassen; 3) die Zwangsvollstreckung in Schiffe; 4) die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung in besonderen Fällen; dieser Abschnitt umfaßt die beiden Titel Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung, im Falle des Konkurses und Zwangsversteigerung zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft; 5) Einführungsvorschriften. Wegen der Ausarbeitung der Motive zu dem Entwurfe, welche, wie wir schon mitgeteilt, dem preussischen Oberlandesgerichtsrath Achilles zu übertragen vorgeschlagen war, ist seitens des Staatssekretärs im Reichsjustizamte das Erforderliche bereits veranlaßt worden.

Dem Bundesrathe ist ein Gesetzentwurf für Elach Lotbringen, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Jagdpolizei vom 7. Mai 1883, zugegangen, in welchem bestimmt wird, daß mit der Jagd zu verschonen sind: Schneepfen, Trappen, wilde Schwäne und alles andere nicht als schädliches Wild nach dem älteren Gesetze erachtete Sumpfs- und Wassergeflügel, mit Ausnahme der wilden Gänse und wilden Enten, vom 1. Mai bis zum 30. Juni einschließlich, wilde Enten vom 1. April bis 30. Juni einschließlich. Das Gesetz soll mit dem Tage der Verkündung in Kraft treten.

Der „Reichsanzeiger“ verkündet heute das Gesetz betreffend die Aufhebung der §§ 4 und 25 des Gesetzes über die Besteuerung des Branntweins vom 24. Juni 1887:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von Preußen etc., verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Landtages, was folgt:

Die §§ 4 und 25 des Gesetzes betreffend die Besteuerung des Branntweins vom 24. Juni 1887 (Reichs-Gesetzbl. S. 253) werden aufgehoben.

Urkundlich unter Unserer Höchstehändigen Unterschrift und beigedrucktem kaiserlichen Inseel.

Gegeben im Schloß zu Berlin,  
den 7. April 1889.

(L. S.)

Wilhelm.  
v. Böttcher.

In Pest ist heute die Ministerkrisis endgültig zum Abschluß gelangt. Das amtliche Blatt veröffentlicht die Enthebung der Minister Graf Szeghnyi und von Fabin von ihren bisherigen Posten, sowie die Koloman Tisza's von der provisorischen Leitung des Finanzministeriums. Gleichzeitig wird die Ernennung des Grafen Julius Szapary zum Minister für Ackerbau, Industrie und Handel, des Dr. Alexander Wederle zum Minister der Finanzen, sowie Desider Szilagyi's zum Minister der Justiz veröffentlicht.

Noch niemals ist in Ungarn, welches trotz der demokratischen Formen, mit denen man dort zu spielen liebt, eines der aristokratischen Länder ist, das bürgerliche Element so stark in einem Ministerium vertreten gewesen. Mit Recht berichtet daher der Korrespondent der „Voss. Z.“:

Pest, 11. April. Mit der Ernennung der neuen Minister ist eine ganz neue Lage geschaffen. Die Regierungspartei begrüßt das durch hervorragende Talente verstärkte Kabinett mit großer Genugthuung. Die Opposition schweigt vorläufig, doch wird behauptet, sie werde das neue Ministerium ebenso wie das alte bekämpfen, so lange Tisza an dessen Spitze steht. Freilich wird der Kampf nun schwieriger sein, da Tisza, fortan für kein spezielles Ressort verantwortlich, sich allein auf die Leitung der allgemeinen Politik beschränkt und das Kabinett ungleich widerstandsfähiger ist als zuvor. Nach Oftern kommt zunächst die Vorlage, betreffend die Landwehr, auf die Tagesordnung, in der die Opposition auch einzelne verfassungswidrige Bestimmungen findet; die Regierung ist jedoch bereit, die betreffenden Punkte zu ändern, um alle Bedenken zu beseitigen. Daher glaubt man, daß die Beratung statt verlaufen wird.

Ein Mitarbeiter der „Voss. Ztg.“, der gestern auf einer Reise Brüssel berührt hat, hat dort eine Unterredung mit Boulanger gehabt, über welche diesem Blatte folgender Bericht zugegangen ist:

Düsseldorf, 11. April, 1 Uhr Nachts. Ich sprach diesen (Mittwoch) Nachmittag in Brüssel den General Boulanger in seiner Wohnung Nr. 45 Hotel Mangelles, Rue Royale. Der General verglich das Auftreten der französischen Regierung gegen ihn mit der Schreckensherrschaft von 1793. Er sei bereit, sofort zurückzutreten und sich einem Geschworenengericht zu stellen, nicht aber einem Gerichtshof aus Senatoren, von welchen zwei Drittel seine politischen Gegner seien, auch nicht der Strafkammer (cour correctionnelle), vor welcher er, Kommandeur der Ehrenlegion, nicht als Angeklagter stehen wolle. Er habe viele Tausend Zustimmungsbüchsen aus ganz Frankreich erhalten und gedente bis Oktober in Brüssel zu bleiben, um die Wahlen in Frankreich abzuwarten, auf deren überwältigende Mehrheit er seine Hoffnung setze. Er habe das Land für sich und habe kein Unrecht gethan. Auf Befragen erklärte er bestimmt, daß die französische Regierung bei Belgien zwar seiner Ausweisung keine Schritte gethan habe. Der General sah in der Pariser Zivilkloster etwas klein und zierlich, außerdem ermüdet aus. Laguerre, Maquet und Rochefort sind noch bei ihm. Im Ganzen schien mir die Stimmung doch etwas gedrückt.

Die Vermehrung der englischen Marine kann jetzt wohl als gesichert angesehen werden

und wird hier mit begreiflichem Interesse verfolgt. Die Behauptung einiger Londoner Blätter, die diesseitigen Freunde der deutschen Kolonialpolitik oder sonstige Kreise wären auf jene Verstärkung eifersüchtig, ist natürlich vollkommen irthümlich. Je besser gerüstet England zur See ist, um so sicherer wird es auch das Gleichgewicht im Mittelmeer ohne förmliches Abkommen mit Italien im Ernstfall an dessen Seite wahrnehmen können. Sein eigenes Interesse weist darauf hin und die Friedenszwecke des Dreibundes können nur dabei gewinnen. Eifersüchtig auf das erneute Anwachsen der englischen Marine sind nur die Franzosen oder wenigstens die Boulevardblätter, die ausrechnen, daß Frankreich doch viele Tausende Marinesoldaten mehr habe, was England zur Wiedereinführung der Matrosenpresse zwingen werde. Es ist das übertrieben, bezeichnet aber die Stimmung.

Wie sich herausstellt, hatte der amerikanische Staatssekretär selbst in der Konferenz zu Washington am 2. Juli 1887 daran erinnert, daß Amerika die erwähnte Kohlen- und Schiffsfahrtskation auf der Insel Tutuila erworben und damit zuerst einen Vertrag vor allen andern Staaten auf den Inseln abgeschlossen hätte. Bei derselben Gelegenheit bemerkte der Staatssekretär, Amerika müsse um so mehr auf Gleichheit der Rechte auf Samoa bestehen, als es trotz der Bedeutung, welche die Eisenbahnen im Westen von Nordamerika für die Zivilisation und den Weltverkehr haben, und trotz der Inangriffnahme der Deffnung der Landenge von Panama durch England, Deutschland, Spanien und andere Länder in seiner Himmelsrichtung überholt sei. England hätte wichtige Stellungen auf Neuguinea, ebenso Deutschland und dieses dazu auf den Marshall- und Salomo-Inseln, Spanien auf den Karolinen. Man will vorhersehen, daß Amerika auch auf der bevorstehenden Konferenz vor allem die Gleichheit der Rechte betonen werde, welche Deutschland ja auch bei der Einladung unter gewisser Voraussetzung als zulässig bezeichnet hat.

Der „Courrier d'Haiphong“ bringt unter dem 10. Januar d. J. eine Bekanntmachung des Agenten der Compagnie des Messageries Maritimes, wonach die Longfingier Zollverwaltung ihm mitgeteilt hat, daß für alle in Longfing zur See eingehenden Waaren binnen acht Tagen nach Ankunft des Schiffes eine spezifizierte Deklaration beizubringen ist. Andernfalls bleiben die Waaren in Verwahrung der Zollbehörde und gehen nach 2 Monaten in das Eigentum des Staates über.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus hat der bekannte deutschliberale Abgeordnete Dr. Neugebauer dieser Tage gelegentlich der Spezialdebatte über das Budget sehr interessante Vergleiche über die Höhe der Ertragssteuern in Oesterreich und Deutschland, beziehungsweise in Wien und Berlin angestellt. Nachdem der Redner ausgeführt, daß Oesterreich die höchsten Ertragssteuern in ganz Europa aufweise, sagte er noch weiter im Wesentlichen folgendes:

Es komme an Gebäudesteuer in Berlin auf ein Haus durchschnittlich 72 Fl., in Wien 718 Fl. (Hört! Hört! links.) In Wien sind nur 12,377 Häuser, in Berlin 45,153, und trotzdem betrug die gesammte Gebäudesteuer in Wien im Jahre 1885 etwa neun Millionen Gulden, in Berlin dagegen keine vier Millionen. (Hört! Hört!) Dabei giebt es in Preußen eine Reihe Freiheiten bezüglich der Gebäude- und Grundsteuer, die bei uns nicht vorhanden sind. Am gefährlichsten in sozialer Beziehung ist der Unterschied in Bezug auf die Erwerbsteuer. In Preußen ist zum Beispiel ein Gewerbetreibender, der einen Gesellen und einen Lehrlingen oder zwei Lehrlingen hat, von der Erwerbsteuer frei. (Hört!) Trotzdem wird bei uns die Steuererhöhung forciert. Im Jahre 1883 waren in Wien allein 1403 Steuererhöhungen, vom Jahre 1876 bis 1885 war die Steuererhöhung so hoch, daß die Sätze mit zehn bis fünfzig Gulden allein um 30 Prozent sich erhöht haben. (Hört! Hört! links.) Berlin, wo keine Vororte bestehen, und wo fast doppelt so viel Bevölkerung wie in Wien innerhalb der Linien ist, hat nur 62,000 Erwerbsteuerpflichtige, während in Wien über 51,000 sind, weil eben in Berlin die kleinen Leute, die einen Gesellen und einen Lehr-



ling beſſen, von der Erwerbsſteuer befreit ſind. Daher vermehrt ſich auch die Zahl der kleinen Unternehmer in Berlin, während in Wien das Gegentheil ſtattfindet. Der Geſammtbetrag der direkten Steuer pro Kopf beträgt in Berlin 8 fl. 70 kr., in Wien 30 fl. 63 kr. (Hört! Hört! links), und wenn man die Verzehrungsſteuer dazu nimmt, iſt die Steuerquote pro Kopf in Wien 56 fl. 30 kr., in Berlin 12 fl. 8 kr.; es wird daher in Wien fünf Mal ſo viel an Steuern gezahlt wie in Berlin. Das erkläre die ſo zahlreichen und betrübenden ſozialen Erſcheinungen in Wien . . .

**Böhmum, 9. April.** Bekanntlich findet in dieſem Jahre hier die 36. Generalverſammlung der Katholiken Deutſchlands ſtatt. Der Ortsausſchuß hat nunmehr, vorbehaltlich der Genehmigung des Kommiſſars, des Fürſten Löwenſtein, endgültig beſchloſſen, die Verſammlung am 25. Auguſt zu eröffnen. Für die öffentlichen Verſammlungen iſt der große, mehrere Tauſend Menſchen faſſende Saal des Schönenhofes und für die geſchloſſenen Verſammlungen das Stadttheater in Ausſicht genommen. Man beabſichtigt dieſesmal, auch während der Verſammlungstage eine Ausſtellung für chriſtliche Kunſt zu veranſtalten; dieſelbe wird in der Tonhalle ſtattfinden. Ferner iſt geplant für den Montag Abend ein Studentenkommerz, und der Mittwoch Abend ſoll beſonders den katholiſchen Arbeitern gewidmet ſein. Außerdem wird der Verband der katholiſchen Kaufleute entweder am Montag oder Dienstag Abend ſeine Verſammlung abhalten. Unter den auf der Tagesordnung für die 36. Katholikenverſammlung ſtehenden Gegenſtänden wird die ſoziale und die Schulfrage einen hervorstechenden Platz einnehmen.

**Wilhelmsſtraße, 9. April.** Das Artillerieſchiff „Mars“, Kommandant Kapitän z. S. Dieters, hat den hieſigen Hafen verlaſſen und iſt zur Abhaltung von Schießübungen nach Schillingsee gedampft. Poſtkapitän Wilhelmsſtraße. Das Vermehrungsgeſchäft „Albatros“, Kommandant Kapitän Lieutenant Hartmann, iſt nach der Weſer gegangen und hat die Vermehrungsarbeiten wieder aufgenommen. Poſtkapitän Bremerhafen. Das auf der Reife nach Samoa befindliche Kanonenboot „Wolf“ wird Sidney (Australien) anlaufen, Briefsendungen ſind bis auf weiteres nach dort zu richten.

**Umland.**

**Wien, 8. April.** Der deutſche Charakter Wiens geht immer mehr in die Brüche. So wurde der „Ertrappoſt“ zufolge die älteſte Kirche Wiens zu St. Ruprecht ſammt allen dazu gehörenden Stiftungen ohne Rückſicht auf deren Geſchichte und Entſtehung den Polen ins Eigentum übergeben und der letzte deutſche Direktor durch einen polniſchen Geiſtlichen erſetzt. In polniſchen Kreiſen wird auch die Errichtung einer national-polniſchen Schule in Wien vorbereitet, um den Nachwuchs der Zugewanderten der Gefahr zu entziehen, ſich als Wiener zu verſtehen.

**Peſt 10. April.** Das Geſtändnis des Abgeordneten Roſonczy, vor acht Jahren den Verſuch eines Attentates an Tiſza verübt zu haben, welches der Abgeordnete heute im Reichstag abgelegt, lautet in ſeinen näheren Details folgendermaßen: Roſonczy hatte verſchiedene bei der Theiſeregulierung vorgekommene Mißbräuche entſchuldigt und forderte eine Unterſuchung darüber. Tiſza erklärte in einer privaten Unterredung, der Abgeordnete ſei mit einer ſolchen Unterſuchung betraut. Dies ſchien dem Abgeordneten auf eine Vertuſchung hinauslaufen, ſo daß er als Verleumder vor der Öffentlichkeit ſtand. Er ſuchte hierauf eine Audienz beim Kaiſer nach, wurde jedoch abgewieſen. Nunmehr begab er ſich in das Miniſterhotel zu Tiſza und hielt dieſem die Mündung einer Piſtole vor Augen. Tiſza blieb ganz ruhig und ſagte, wie Roſonczy heute erzählt: „Schleſe immerhin, wenn Du mich für charakterlos hältſt!“ Durch dieſe Worte wurde Roſonczy ernüchtert, und die Piſtole entſank in ſeinen Händen. Dieſes Geſtändnis machte den peinlichſten Eindruck. Roſonczy galt ſiets für höchſt erakirt, dies Geſtändnis hat jedoch alle Vermutungen übertrumpft, die von dem leidenschaftlichen Temperament des Mannes gehegt worden.

**Paris, 10. April.** Der Geſeßentwurf über die Regelung des Verfahrens bei Berufung des Senats zum höchſten Gerichtshof wurde in den zwei Sitzungen, welche die Deputiertenkammer am 9. April hielt, unter Verwerfung aller vorgeschlagenen Änderungen mit 318 gegen 205 Stimmen angenommen. Der Geſeßentwurf erregte den heftigen Widerſpruch der Rechten, die ſich Boulangers als ihres Mannes annahm und den Hauptſtand der 205 Gegner bildete. Da der Senat als oberſter Gerichtshof in politiſchen Dingen wirken ſoll, ſo hätte, wenn die Rechte ſich noch ihres Urſprungs erinnerte, ihre Rolle eine ganz andere ſein müſſen, denn der Senat wirkt ganz in dem Sinne der Patriarkalſchen dem Jukönigtum. Aber was dieſer Rechten die Einrichtungen der monarchiſchen Vergangenheit des franzöſiſchen Volkes wert ſind, zeigt ſich hier wieder wie bei jeder anderen Gelegenheit, ſeit der Graf von Paris ſich unkluger Weiſe mit neuen Abenteuerern eingelassen hat. Die Früchte dieſes faulen Systems werden nicht ausbleiben und der Graf von Paris mit oder ohne Krone eine klägliche politiſche Rolle ſpielen. Die Deputiertenkammer hat durch Verwerfung aller Änderungsanträge nicht ſagen wollen, daß die Regierungsvorlage ihrem Geiſte ganz entſprechend laſſe, aber man hat ſchließlich dieſe Vorlage unverändert angenommen, um der Regierung die beſondere Verantwortlichkeit zu überlaſſen, wenn ſie mit ihrem Geſeße den nächſten Zweck, die Beſeitigung Boulangers, nicht erreichen ſollte.

Professor Chevreul, der geſtern im Alter von 104 Jahren geſtorben iſt, war ſeit längerer Zeit kränzlich; man hatte ihm den Tod ſeines Sohnes Henri, der kürzlich erfolgte, verheimlicht, um ihn nicht aufzuregen; dennoch hatte er am vorigen Mittwoch noch ſeine Morgenſpazierfahrt, die er bei ſchönem Wetter auszuführen pflegte, dazu gebraucht, um ſich in die Nähe des Eiffelturmes fahren zu laſſen, den er noch bewundern wollte. Wie es heißt, wird die Regierung für ihn die Auszeichnung beantragen, daß die Deputiertenkammer ſeine Beerdigung auf Staatskoſten beſchließt. Michael Eugen Chevreul war geboren am 31. Auguſt 1786 in Angers, trat 1810 als Präparator des Lehrſtuhls der Chemie am Muſeum ſeines Laufbahn an, wurde 1813 Profeſſor am Lyceum Charlemagne und 1824 Direktor der Fabrik der Gobelins. Im Jahre 1826 wurde er Mitglied der Akademie der Wiſſenſchaften, 1836 folgte er ſeinem Lehrer Bauquelin in der Beſetzung des Stuhles für Chemie am Muſeum der Naturgeſchichte. Im Jahre 1879 nahm er ſeinen Abſchied. Bei der Feier ſeines hundertſten Geburtstages wurde dem Jubelgreiſe von der Stadt Paris ein großes Feſt gegeben. Die Chemie hat Chevreul eine Anzahl Entdeckungen zu verdanken, die der Induſtrie von Nutzen wurden. Außer einer bedeutenden Anzahl von akademiſchen Denkschriften hat er eine Geſchichte der Chemie, Betrachtungen über die organiſche Chemie und ihre Anwendung und die Artikel über Chemie im „Wörterbuche der Naturwiſſenſchaften“ verfaßt. Chevreul war Kommandeur der Ehrenlegion. In den letzten Jahrzehnten waren es weniger ſeine Verdienſte um die Wiſſenſchaft, die in ihm geehrt wurden, als ſein hohes Alter: in dieſer Beziehung war er eine vollſtändige Erſcheinung in Paris und jeder kannte ihn, wenn er auf ſeinen Spazierfahrten die Lieblingsplätze der Pariſer Welt beſuchte.

Präſident Carnot begibt ſich am 3. Juni nach Calais, um der Einweihung eines neuen Forts anzuwohnen. Die Stadt hat für ſeinen Empfang 60.000 Franken genehmigt. Der Miniſterpräſident und die Miniſter des Krieges, der Marine, des Handels und der öffentlichen Bauten werden das Staatsoberhaupt begleiten und die franzöſiſche Kanallotte wird ſich zu ſeiner Begrüßung in Calais einfinden.

**Petersburg, 10. April.** Admiral Dwyer Rapport über die Affaire von Sagallo entſagt den Jörn der ruffiſchen Blätter von neuem. Sie behaupten, geſtützt auf perſönliche Ausſagen des Archimandriten Baſſy, der Frau Aſchawows, des Doktors Dobrowoſſki u. a., die Franzoſen hätten tüchtig geſchändet, ſogar die verſilberten Griffe der Iſcherleſenſäbel abgebrochen und eingeknickt.

**Petersburg, 10. April.** Wie verlautet, beabſichtigt das Juſtizminiſterium in den baltischen Provinzen die Aemter bei den allgemeinen Gerichtsbehörden nur mit ſolchen Juſtiſten zu beſetzen, welche bereits mindestens drei Jahre bei den neuen Gerichten thätig waren; es werden alſo faſt ausnahmslos Ruſſen die Richterſtellen erhalten.

Kommunikations-Miniſter Pauker iſt heute Abend 6 Uhr geſtorben.

**Buſareſt, 10. April.** Ueber die Kabinetsſtelle verläutet nunmehr, daß Catargi ein Miniſterium mit Raſowari, Mano, Bernesco und Boerescu bilden werde. Betreffs der drei übrigen Portefeuilles ſei noch keine Entſcheidung getroffen.

**Stettiner Nachrichten.**

**Stettin, 12. April.** Die Meintinger ſpielen morgen mit Shakespeares „Ein Wintermärchen“ einen ihrer höchsten Trümper aus und genießt bekanntlich die Aufführung dieses phantastischen Bühnenstückes einen Weltruf, der sich überall durch eine ganz ungewöhnliche Anziehungskraft konstatirt. Von bezaubernder Wirkung sind schon die herrlichen Dekorationen, die in süßliche Gluth getauchten Landschaftsbilder, die Meerbusen, Uferberge Stilleins oder die düster beleuchteten Berge Böhmens, um welche die Götter toben, endlich das entzückende Schlußbild eines in magischen Lichtglanze daliegenden Gartens. Im Laufe der wechselnden erſtaunlichen Handlung treten beſonders hervor die großen Geſtaltungen des dritten und des fünften Aktes und Länge des vierten Aktes. Die Hauptrollen in dem ſtellenreichen Stücke ſpielen die Herren Weiſer, Knorr, Richard, Teller und Rütſcher, ſowie die Damen Lindner, Berg und Sedlmayr. In den komiſchen Rollen excelliren die Herren Arndt, Haſſel und Görtner. Die Meintinger geben das Stück nicht in der allerorts üblichen Dingenſtückiſchen Bearbeitung, welche den Schauplatz in die Antike und nach Arkadien verlegt, ſondern halten ſich ſtreng an die Vorſchriften Shakespeares und an die Zeit der italieniſchen Früh-Renaissance. Die Wiederholungen des „Wintermärchens“ finden Sonntag und Montag ſtatt.

Ein abſonderungsberechtigter perſönlicher Gläubiger im Konkurse, zu deſſen Befriedigung der abgeſonderte Gegenſtand nicht hinreicht, oder deſſen Befriedigung aus dem abgeſonderten Gegenſtande wegen Abhandlungens deſſelben überhaupt nicht erfolgen kann, muß nach einem Ur-

theil des Reichsgerichts, 4. Zivilſenat, vom 18. Februar d. J., wegen ſeines Ausfalls ebenſo wie die übrigen Konkursgläubiger den rechtſtändig beſtätigten Zwangsvergleich gegen ſich geſtellen laſſen, auch wenn er ſeine Forderung im Konkurse überhaupt nicht geltend gemacht und bei dem Zwangsvergleichsverfahren ſich nicht betheiligt hatte; er hat demnach ſeinem Schuldner (dem früheren Kreditur) gegenüber nur ein Recht auf die Zwangsvergleichsquote.

**Aus den Provinzen.**

\* **Stolz.** Der Maurerſtreik dauert hier noch fort und dürfte für die Geſellen kaum den erſten Erfolg haben, dieſelben haben ſich bereit erklärt, die Arbeit zu einem Tagelohne von 3,60 Mark wieder aufzunehmen. Die Meiſter ſind jedoch hierauf nicht eingegangen, ſondern ſind auch weiterhin bei ihrem früheren Beſchlusse ſtehen geblieben, wonach ſie bei einer Arbeitszeit von Morgens 6 bis Abends 7 Uhr als höchſten Arbeitslohn 3,50 Mark pro Tag bewilligen ſollen, weiter, für Ueberstunden 35 Pf. Letztere müſſen ſtets auf Wunsch des Meiſters geleistet werden. — Bleiber haben ſich die Geſellen auf dieſen Beſchluss hin nicht erklärt.

**Kunst und Literatur.**

**Theater für heute.** Stadttheater: 11. Gaſtſpiel des herzoglich ſachſen-meiningenſchen Hoftheaters. Zum 3. und letzten Male: „Der Kaufmann von Venedig.“ — Bellevue-theater: „Der Trompeter von Säckingen.“

**Vermischte Nachrichten.**

Ein von Berlin in die Provinz geſchriebener Brief giebt über das Leben der Kaiſerin Auguſta intereſſante Einzelheiten. Die Mittheilungen gehen von einer Dame der vornehmen Geſellſchaft aus, die früher in Berlin lebte und ſich auf das Land zurückgezogen hat:

„Faſt wären wir die Thränen gekommen, als ich das Palais betrat, um von der Kaiſerin empfangen zu werden. Man fährt ſetzt an dem Seiteneingange vor, auch der Kaiſer und die Kaiſerin thun dies, wenn ſie die Großmutter beſuchen. Es iſt, wie mir ſagte wurde, der Wunsch der Kaiſerin Auguſta, daß die Kinder ſeite des Palais, wo ſonſt die große Vorfahrt geſchah, den Charakter der niedergelassenen Vorhänge — das Zeichen ſtiller Trauer — behalte.

Welcher Kontrast zwischen einſt und jetzt! Das Haus trägt einen Witwenſchleier. In den Hallen, in den Gängen, wo früher aus allen Thüren Freunde und Bekannte traten, wo die ganze Bewegung des Staates ſich konzentirte — Alles ſtill! Es ſind noch dieſelben Räume, es ſteht Alles noch wie ſonſt, aber der lebende Drom ſchreit entſchieden. Nur hier und da ſieht man Jemanden von der Umgebung ober der Dienſtſchaft der Kaiſerin; aber Jeder geht mit leiſen Tritten, wie über Grabplatten, dahin. Ich fand die Kaiſerin etwas ſchwach, aber nicht hinſtändig. Ihre Geſundheit erſchien mir ſogar beſſer als vor zwei Jahren. Sie war noch in tiefer Trauer.

Ich ſah geiſtiges Leben auch der Vergangenheit zugewandt, ſo iſt es doch nicht den Interſſen der Gegenwart entfremdet. Wie aus dem Geſpräche der Kaiſerin zu entnehmen war, ſolgt ſie mit reger Theilnahme allen Erſcheinungen des Tages. Sie unterhält ſich eine gewiſſe Geſelligkeit zu Dinners wie zum Thee. Wie zu Lebzeiten des Kaiſers wird Thee entweder in dem kleinen Theezimmer im Parterre des Palais genommen, oder, wenn ein größerer Kreis geladen iſt, in dem daneben gelegenen Salon der Frau Großherzogin von Baden. Jeder Dienstag-Abend gehört dem Kaiſer und der Kaiſerin, es kommen dann immer noch der Erbprinz und die Erbprinzessin von Meiningen dazu.

Aus der Umgebung der Kaiſerin Auguſta hörte ich gar viel Liebes und Schönes von den innigen Beziehungen zwischen dem jungen Kaiſerpaar vom Schloß und der Großmutter im Palais. Ein Freudentag für die Kaiſerin Auguſta iſt der Freitag in gleicher Weiſe, wie er es für die Kinder des Kaiſers iſt, denn da dürfen ſie die Urgroßmutter beſuchen, die drei älteſten zuweiſt, der Kronprinz, Prinz Friz und Prinz Adalbert. Die Kaiſerin Auguſta Viktorie bringt ſie ſelbſt nach dem Palais. Unten im Beſtuhl, ehe ſie die Kinder die Treppe hinaufführt, nimmt ſie ſelbſt ihnen die Paletots ab, macht ihnen die Haare zurecht, bringt die Blumen in Ordnung, und dann geht es mit ihnen hinauf zur Urgroßmama. Kaiſerin Auguſta kommt in ihrem Stuhle der jungen Kaiſerin bis zu dem Eingange ihrer Gemächer entgegen, dann begeben ſich die beiden Kaiſerinnen in das Wohnzimmer, das Arbeitskabinett der Kaiſerin Auguſta. Nun beginnt das Feſt für die jungen Prinzen. In den beiden rothen Salons bis zum Balkonſaal iſt ihnen freieſter Spielraum gewährt. Sie haſten ihren Schranke mit Spielſachen und dieſer iſt im Ruhtentleert. Bald ſind das Theater, der Baſtill, Puppen und Koulissen zum Theater, Trompeten und Beifſchen, Bilderbücher und alle Entzückungen der Kinderherzen auf dem Boden ausgebreitet und von beſter Kinderluſt hallen die Säle wider. Ein Feſt für die Kinder iſt es, wenn „Tante Baden“ da iſt, „die kann ſo ſchön mit uns ſpielen“. Die höchſte Freude wird aber den Kindern bereitet, wenn ſie alle drei zuſammen die Urgroßmama in ihrem Fahrſtuhle fahren

dürfen. Vom Salon der Kaiſerin Auguſta im ihr Theezimmer iſt nur eine ſchmale Thür, ſo daß der Fahrſtuhl nur knapp hinkommt; aber dieſen wiſſen ſie ſo geſchickt hindurch zu bringen, daß, ob das gelungenen Werkes, immer heller Jubel iſt. Es iſt, wie mich eine Dame der Kaiſerin verſicherte, das anmutigſte, rührendſte Bild, dieſe drei hüſſchen, friſchen, frohlichen Knaben zu ſehen, wie ſie um die Urgroßmutter in ihren kindlichen Herzen ſich bemühen, nur um ihr Lob zu verdienen oder ihr ein Lächeln abzugewinnen.“

— Auf der internationalen Jubiläums-Ausſtellung in Melbourne 1888-89 iſt der Firma Guſtav Loſje in Berlin, Königl. Hoflieferant, Jägerſtraße 46, der erſte Preis für Parfümerien und ſeine Toilette-Seifen nebst ehrenvoller Erwähnung erteilt worden.

— (Zeit oder nie.) Ein Referendar beſucht einen Profeſſor, um mit ihm über eine juristische Arbeit zu diſkutieren. — Profeſſor: „Sie ſind noch zu wenig geübt in der Verantwortung von ſchwer zu entſcheidenden Fragen. Ich will Ihnen nun zeigen, wie man das machen muß. Stellen Sie einmal an mich eine Frage.“ — Referendar: „Darf ich um die Hand Ihrer Fräulein Tochter bitten?“

**Bauwesen.**

(Oſtreichische Südbahn - Prioritäts - Oblig. Em. III. und IV.) Die nächſte Ziehung findet Ende April ſtatt. Gegen den Kursverlust von ca. 4 1/2 pCt. bei der Ausloosung übernimmt das Bankhaus Karl Neuburger, Berlin, Franzöſiſche Straße 13, die Verſicherung für eine Prämie von 7 Pf. pro 100 Mark.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

**Telegraphische Depeschen.**

**Königsberg i. Pr., 11. April.** Ein von Billan abgegangener Eisbrecher iſt heute nach ſchwerer Fahrt durch das Eis des Hafſes hier eingetroffen. Die Schiffsfahrt wird demnach eröffnet werden.

**Krefeld, 11. April.** Amtliches Reſultat der heute hieſelbſt ſtattgehabten Erſchaftwahl im 10. Düſſeldorfer Wahlbezirk (Stadt Krefeld): Von 324 abgegebenen Stimmen erhielt Rechtsanwalt Dr. Bachem in Köln (Zentr.) 185, Landgerichtsdirektor Cronert in Trier (natlib.) 139 Stimmen, Erſterer iſt ſomit gewählt.

**Luzern, 11. April.** Bei dem Empfang des Präſidiums der Kammer begrüßte der Präſident Servais den Herzog mit einer herzlichſten Anſprache, in welcher er der Zuverſicht Ausdruck gab, daß der Herzog bei der Bevölkerung die Gefühle und Sympathien finden möge, welche demſelben den Aufenthalt in dem Großherzogthum angenehm machen würden. Der Herzog erwiderte, er danke herzlich für die ausgeſprochenen Gefühle, ſeine ganze Sorge werde auf das Glück des Landes und der Bewohner ruhen. — Alle gewechſelten Reden und Antworten erfolgten in franzöſiſcher Sprache.

**Paris, 11. April.** Die Republikaner des Senats vereinbarten eine Liſte der morgen zu wählenden 9 ordentlichen und 5 Erſatzmitglieder des Unterſuchungsausſchusses. Der republikaniſchen Vereiniigung und der republikaniſchen Linien ſind ſie drei, dem linken Zentrum zwei, der Rechten ein Mitglied zugetheilt. Der Vertreter der Rechten ſoll Herzog Aubiffret-Baquier ſein, die Rechte dürfte es aber ablehnen, im Ausſchuſſe vertreten zu ſein und hat einen Ausſchuß von ſieben rechtskundigen Senatoren gewählt, welche ein Gutachten abgeben ſollen, ob der Senat zuſtändig ſei, da die Anklageſchrift wohl von Verſchwörung ſpreche, für einen Anſchlag jedoch, über den allein der Senat urtheilen könnte, nicht einmal Wahrscheinlichkeitsgründe beibringe. Der Vorſtende des Senats, Le Royer, lud die Senatoren ein, zur morgigen Sitzung in Grad mit mit weißer Halsbinde zu erſcheinen.

**Rom, 11. April.** In einem Leitartikel der „Riforma“ wird die Unzufriedenheit der batiſchen Biſchöfe mit den Zugeständnissen des Prinz-Regenten für einen Beweis erklärt, daß die Klerikalen überall unerfättlich ſeien, jedes Zugeständnis ihre Anſprüche ſteigere, ihr Beſtreben ſeie die Beſchränkung der bürgerlichen Gewalten und der Gewiſſen ſei, und daß in Italien auch nach etwaiger Beſetzung der römiſchen Frage der Kampf um das moralische Uebergewicht fortauern werde.

**Washington, 10. April.** Deutſchland, Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben ſich dahin geeinigt, daß von jedem Staate nur ein Kriegſchiff bei Samoa verbleiben ſolle, bis die Berliner Konferenz ihre Beſchlüſſe gefaßt haben wird. Das Schiff „Albatros“ wird Nordamerika, die „Calliope“ Deutſchland und wahrſcheinlich die „Calliope“ England vertreten.

**Wasserstand.**

Ob der bei Breslau, 10. April, 12 Uhr Mittags, Oberpegel 5,43 Meter, Unterpegel + 2,04 Meter. Briesg, 10. April, 7 Uhr Vormittags, Oberpegel 5,72 Meter, Unterpegel 4,20 Meter. Ologau, 10. April, 7 Uhr Vormittags, Unterpegel 3,52 Meter. Ratibor, 10. April, 7 Uhr Vormittags, Unterpegel 4,02 Meter. Fällt, höchster Stand. Steinau a. O., 10. April, 7 Uhr Vormittags, Unterpegel 3,39 Meter. Fällt. — Elbe bei Dresden, 10. April, + 0,82 Meter. Magdeburg, 10. April, + 3,91 Meter. — Warthe bei Posen, 10. April, Mittags, 4,00 Meter.